

Europa

# Europawahlprogramm der FDP – Bewertung durch die vbw

Position  
Stand: März 2019

**vbw**

Die bayerische Wirtschaft



## Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

## Vorwort

### Vorschläge der FDP würden Europa deutlich voranbringen

Zwischen dem Programm der FDP zur Europawahl am 26. Mai 2019 und den Vorstellungen der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. herrscht ein hohes Maß an Übereinstimmung. Die FDP ist nicht nur klar pro-europäisch ausgerichtet. Die Freien Demokraten wollen zudem, wie auch die vbw, ein wirtschaftlich starkes, wettbewerbsfähiges, schlankes und subsidiäres Europa, in dem jedes Land ein hohes Maß an Selbstverantwortung für die eigene wirtschaftliche Stärke und die eigenen Schulden hat. Die Vorschläge der FDP würden Europa deutlich voranbringen.

Bertram Brossardt  
29. März 2019



## Inhalt

1	Pro-Europäische Ausrichtung	1
2	Schlankes Europa	2
3	Stabiles Europa	4
4	Den Binnenmarkt vollenden	6
5	Arbeit und Soziales	9
6	Energie und Klimapolitik	11
7	Steuerpolitik	13
8	Industrie stärken	15
9	Internationale Handelspolitik	17
10	Migration	19
11	Bildung	21
	Ansprechpartner / Impressum	25

# 1 Pro-Europäische Ausrichtung

Die FDP bekennt sich in ihrem Wahlprogramm „Europas Chancen nutzen: Mut zur Veränderung“ klar zu Europa

Wir begrüßen die pro-europäische Ausrichtung der FDP. Schon die erste Zeile des Europawahlprogramms der FDP betont: „Die Einheit Europas ist das Beste, was uns allen passieren konnte.“ Die Freien Demokraten appellieren an die Politik und die Bürger Europas, den Mut zu haben, um Europa zum Besseren zu verändern. Sie werben für die Einberufung eines Europäischen Konvents als ersten Schritt in Richtung einer europäischen Verfassung und für die Bildungsfreizügigkeit als fünfte Grundfreiheit. Die Europäische Union soll dort gestärkt werden, wo Zusammenarbeit mehr bezweckt als nationale Entscheidungen, z. B. in den Bereichen Handel, grenzüberschreitende Infrastruktur, Digitalisierung, Verteidigung und Sicherheit, Energie und Klima, Außenpolitik und Migration.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Stärkung der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik mit Rederecht in der UN-Hauptversammlung, Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Rat in der Außen- und Sicherheitspolitik, ständiger Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat, WTO-Reform und Stärkung des Multilateralismus	Zustimmung
.....	
Gemeinsame europäische Verteidigungspolitik, gemeinsame Strategieentwicklung und Streitkräfteplanung, Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer zukünftigen europäischen Armee, Stärkung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), Vermeidung von Dopplungen und Schließung von strategischen Fähigkeitslücken, Harmonisierung der Rüstungsexportregeln in Europa, kohärente Entwicklungszusammenarbeit	Zustimmung

## 2 Schlankes Europa

Die FDP setzt sich für den Bürokratieabbau in Europa ein und hält sich an den Grundsatz der Subsidiarität

Die FDP hat viele begrüßenswerte Vorschläge zum Bürokratieabbau im Programm. Besonders hervorzuheben ist die regelmäßige Prüfung der bestehenden europäischen Regelungen und deren Abschaffung, wenn sie nicht mehr erforderlich sind. Auch die Einführung der „One in, two out“-Regelung ist zu begrüßen. Positiv zu bewerten ist auch die Forderung nach der Weiterentwicklung der Datenschutzgrundverordnung zur Entlastung von kleinen und mittleren Unternehmen, deren Kerngeschäft nicht der Umgang mit personenbezogenen Daten ist. Besonders begrüßenswert ist zudem die Forderung, dass es keine A1-Bescheinigungen bei Kurzzeitentsendungen mehr geben soll. Auch der Grundsatz der Subsidiarität ist gewahrt, insbesondere in der Sozialpolitik (siehe Kapitel 5). Zudem sollen stärkere Kontrollmechanismen zur Wahrung der Subsidiarität geschaffen werden.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
<p>Bürokratieabbau:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– bestehende europäische Gesetze und Regelungen sollen regelmäßig überprüft und überkommene Vorschriften abgeschafft werden.</li> <li>– Einführung einer „One in, two out“-Regelung auf europäischer Ebene</li> <li>– Gesetze und Verordnungen sollen nach Möglichkeit durch eine Auslaufklausel (nach dem Vorbild der Sunset-Klausel, zum Beispiel in den USA) mit einem Ablaufdatum beschlossen werden.</li> <li>– Ausweitung der Folgenabschätzung für neue EU-Vorhaben auf beschlossene grundlegende Änderungen während des Gesetzgebungsprozesses.</li> <li>– Bessere Regelungstechnik: Da sich Vorgaben aus EU-Richtlinien leichter ins nationale Recht einfügen und den Mitgliedstaaten mehr Spielraum geben, ist diese Rechtsform grundsätzlich vorzuzugswürdig. Auch eine Verordnung kann ausnahmsweise der bessere Weg sein, wenn zum Beispiel die absehbar sehr unterschiedliche Umsetzung einer</li> </ul>	<p>Zustimmung zu allen Vorschlägen</p>

## Schlankes Europa

Richtlinie im nationalen Recht weiterhin zu Handelshemmnissen und Unsicherheiten für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen führen würde (zum Beispiel im Verbraucher- oder Datenschutz)

- Anhebung der EU-Schwellenwerte für öffentliche Ausschreibungen
- Anhebung des KMU-Schwellenwerts von 250 auf 500 Mitarbeiter

Erweiterung der Subsidiaritätskontrollmechanismen	Zustimmung
Weiterentwicklung der DSGVO, Entlastung von kleinen und mittleren Unternehmen, deren Kerngeschäft nicht der Umgang mit personenbezogenen Daten ist.	Zustimmung
Keine A1 Bescheinigung bei Kurzzeitentsendungen	Zustimmung
Harmonisierung der Meldepflichten aus der Entsenderichtlinie	Zustimmung; einheitliche Umsetzung erleichtert den Unternehmen die praktische Durchführung der Entsendung



## 3 Stabiles Europa

### Die FDP skizziert in ihrem Programm zur Europawahl eine investitions- und stabilitätsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik

Mit der Fortsetzung der bisherigen Finanzierung der EU, höherer Haushaltstransparenz, stärkerer Innovations- und Investitionsorientierung im Haushalt und auf Ausgleich und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteter Investitionsförderung in der Eurozone setzt die FDP haushalts- und finanzpolitisch klar wachstumsorientierte Akzente. Hilfs- und Interventionsmechanismen will die FDP stärken, allerdings strikt nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ und deshalb auflagenbewehrt. Sehr rigide angelegt sind die Vorhaben zur Verstärkung von Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Mitgliedsstaaten. In diesen Zusammenhängen müssen Risiken und Nebenwirkungen sorgfältig abgewogen werden. In der Bankenunion schließt die FDP europäische Perspektiven zur Letzt- wie Einlagensicherung vollständig aus. An dieser Stelle ist, falls die Voraussetzungen gegeben sind, perspektivisch mehr Beweglichkeit möglich.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Keine Verschuldung der EU, keine neuen Finanzierungsquellen	Zustimmung
EU-Haushalt: mehr Transparenz, stärkere Gewichtung für Forschung, Innovation, Digitalisierung, Migrationspolitik, Außen- und Verteidigungspolitik, mehr Effizienz im Struktur- und Kohäsionsfonds; weniger Agrarsubventionen durch mehr Marktwirtschaft	Zustimmung zur dezidiert innovationsgerichteten Ausrichtung; mit Strukturförderung und landwirtschaftlichen Belangen muss ausgewogen umgegangen werden
Europäischer Investitionsfonds, der in der Eurozone Heterogenität abbaut und die Wettbewerbsfähigkeit der Eurostaaten stärkt – keine kurzfristigen Konjunkturprogramme	Zustimmung mit Vorbehalt. Die Ausrichtung der Alternative zum einem Eurozonenhaushalt stimmt; das Instrument darf im Übrigen nicht zu Steuererhöhungen führen
Entwicklung des ESM zu einem Europäischen Währungsfonds: Hilfe nur in konkreten Notlagen, Anpassungsprogramme als Selbsthilfe	Zustimmung. Bedingungslose Zuwendungen aus dem EWF darf es nicht geben.
Insolvenzmechanismus für Staaten: vor EWF-Hilfe Beteiligung privater Gläubiger	Zustimmung; für den konkreten Weg gibt es allerdings unterschiedliche Ansätze

## Stabiles Europa

Automatische Sanktionen nach Defizitverfahren; Kohäsionsmittel nur bei Einhaltung des Fiskalpaktes; nichtfinanzielle Sanktionen, etwa zum Stimmrecht	Vorbehalt: Härtere Sanktionen sind nur gegen umfassendere Stabilisierungszusagen durchsetzbar, das kann zu unverträglichen Hilfs- und Transferzusagen führen
Euroraum: Regelwerk für einen einvernehmlichen Austritt und einen Wiedereintritt	Vorbehalt: Risiken und Nebenwirkungen eines solchen Vorschlags aufarbeiten
Konzentration der europäischen Bankenaufsicht auf systemrelevante Banken; Abbau von Interessenskonflikten zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht; Sicherung des Bail in privater Gläubiger; keine Letztsicherung des Bankenabwicklungsfonds, keine europäische Einlagensicherung	Differenzierte Sicht: In Teilen Zustimmung, aber eine Letztsicherung für den Bankenabwicklungsfonds ist vertretbar, nur im Falle einer umfassenden Abarbeitung nationaler Hausaufgaben, die allerdings weit entfernt ist, auch die Diskussion einer europäischen Einlagensicherung

---

## 4 Den Binnenmarkt vollenden

Das FDP-Programm steht für einen technologieoffenen, fortschrittsfreundlichen Ansatz, der den Binnenmarkt weiter stärken kann

Das Programm der FDP zeugt von einem grundsätzlich positiven Verständnis von Digitalisierung und weiteren technologischen Neuerungen, was sehr positiv ist. Während beispielsweise der Nutzen für Bildung und Wissenschaft klar angesprochen wird, fokussiert das Programm im Bereich der digitalen Transformation allerdings sehr stark auf Datenschutz- und Datensicherheitsfragen.

Im Bereich Mobilität sollen alle Verkehrsträger nach ihren Stärken eingesetzt und in der Regel von den Nutzern finanziert werden. Die FDP tritt ferner zu Recht für eine Überprüfung der Luftreinhaltgrenzwerte ein. In der Umweltpolitik setzt sie auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Tatsächlich muss eine moderne europäische Umweltpolitik einen angemessenen Ausgleich zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen finden.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
... wollen wir die europäische Glasfaserinfrastruktur und den Ausbau der 5G-Funktechnologie in der Fläche ... vorantreiben	Zustimmung
Bessere Rahmenbedingungen für Start-Ups, dazu Schaffung europäischer „Digital-Freiheitszonen“ und besserer Bedingungen für Venture Capital	Ein gutes Gründerklima ist sehr wichtig, aber das ist weniger eine Frage von Sonderwirtschaftszonen als von allgemein innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen. Ein besserer Zugang zu Wagniskapital wäre dagegen unengeschränkt zu begrüßen.
Europäische Richtlinien zur Zulassung neuer Technologien zügig anpassen, um eine Markteinführung nicht unnötig zu verzögern; disruptive Innovationen wie zum Beispiel die Genschere CRISPR-Cas 9 sollten nach realen wissenschaftlichen Risiken und nicht nach Richtlinien aus 2001 bewertet oder gerichtlich entschieden werden.	Zustimmung; auch die vorgeschlagenen Schwerpunkte für Horizon Europe decken zentrale Bereiche ab.

## Den Binnenmarkt vollenden

---

Datenschutz / ePrivacy: Regelungen sollen nicht hinter den derzeitigen Stand zurückfallen, Entscheidungsgewalt muss bei den Bürgern bleiben.	Innovative Geschäftsmodelle dürfen nicht behindert werden, und die ePrivacy-VO ist aus unserer Sicht überflüssig.  Die geplante Stärkung der Cybersicherheit ist dagegen ein wichtiges Handlungsfeld.
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

---

*Mobilität*


---

Durchgehendes Netz von Verkehrswegen (Ten-V), bei dem Engpässe auf den Hauptachsen schnell beseitigt, intermodale Hubs sowie parallel eine Infra-struktur für alternative Energien aufgebaut und der Instandhaltungsrückstau aufgelöst werden.	Zustimmung
Planungszeiträume für Infrastrukturvorhaben deutlich verkürzen	Zustimmung
Einfachere grenzübergreifende Tarife der Verkehrsverbünde	Zustimmung
Digitale Vernetzung aller Verkehrsteilnehmer auf offenen, standardisierten Plattformen mit einheitlichen Schnittstellen	Zustimmung
Im Rahmen der Evaluierung der EU-Luftqualitätsrichtlinie soll der Jahresmittelgrenzwert von 40 Mikrogramm zum Schutz der menschlichen Gesundheit im Hinblick auf neuere medizinische Erkenntnisse geprüft werden.	Zustimmung zur Vermeidung von Fahrverboten. Auch einer Überprüfung von Grenzwerten ist zuzustimmen. Grenzwerte müssen strikt evidenzbasiert sein und mit Blick auf die dadurch ausgelösten Wirkungen festgelegt werden.
Moratorium zur Aussetzung der Luftqualitätsrichtlinie, um die notwendigen Maßnahmen zur Luftreinhaltung in einem geordneten Verfahren umsetzen zu können und damit Fahrverbote zu vermeiden.	
Flächendeckendes und europaweites Tankstellensystem, welches eine Diversität von Kraftstoffen anbietet, sowie die Anrechenbarkeit von allen CO <sub>2</sub> -neutralen Kraftstoffen auf Flottenziele für Pkw und Lkw.	Ausrichtung auf Technologieoffenheit positiv

---

### *Umweltpolitik*

---

Naturschutz: Bei der Erreichung der Schutzzwecke müssen vor Ort stets die Wahl des mildesten Mittels und das Gebot der Verhältnismäßigkeit Vorrang haben.

Zustimmung. Dem freiwilligen, flexiblen und kooperativen Naturschutz ist Vorrang einzuräumen. Die EU muss darauf hinwirken, dass Modelle wie „Natur auf Zeit / Wanderbiotope“ ermöglicht werden ohne die (Wieder-)Aufnahme einer zulässigen Nutzung zu gefährden.

---

## 5 Arbeit und Soziales

Wir begrüßen den FDP-Ansatz, die Ausgestaltung der Politik im Bereich Arbeit und Soziales weitgehend den Mitgliedsstaaten zu überlassen

Die Forderungen der FDP im Bereich Arbeit und Soziales können insgesamt geteilt werden. Positiv ist vor allem, was die FDP – im Gegensatz zu vielen anderen Parteien – alles nicht auf europäischer Ebene regeln will. Es wird richtigerweise betont, dass nur in Fragen, die tatsächlich eine erhebliche grenzüberschreitende Bedeutung für den Binnenmarkt oder die Freizügigkeit haben, die EU politisch gefordert ist, Regelungen zu treffen. Somit wird der Subsidiaritätsgrundsatz geachtet. Positiv zu werten ist auch, dass sich die FDP für eine Stärkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit bei gleichzeitiger Verhinderung des Sozialleistungsmissbrauchs ausspricht. Die Zustimmung zu einem vereinten Europa hängt maßgeblich davon ab, dass es durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu einer Migration in die sozialen Sicherungssysteme kommt. Daher ist auch die geforderte Indexierung des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten im Wohnsitzland des Kindes ausdrücklich zu begrüßen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Kern den Mitgliedstaaten überlassen und bei grenzüberschreitenden Problemen unterstützend tätig werden.	Zustimmung
Kein europäischer Mindestlohn. Ausgestaltung von Arbeitslosenversicherung und Mindestlohn kann nur durch nationale Tarif- und Arbeitsmarktpolitik erfolgen.	Volle Zustimmung
Keine Vereinheitlichung der nationalen Alterssicherungssysteme	Zustimmung
Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union sichern und den Missbrauch der sozialen Sicherung verhindern	Zustimmung. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist ein Kernelement des gemeinsamen Binnenmarktes und muss weiter gestärkt werden. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass die Freizügigkeit zum Sozialleistungsbezug missbraucht wird, da so der Rückhalt für Europa in den betroffenen Mitgliedsstaaten erheblich geschwächt wird.

Reform der Kindergeld-Regelungen, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen, die Kindergeld-Zahlung an die Lebenshaltungskosten des Wohnsitzlandes des Kindes anzupassen.

Zustimmung

---

Aufbau effektiver Systeme, die jungen Menschen in kurzer Frist entweder ein Jobangebot oder eine arbeitsmarkt-orientierte Weiterbildungsmaßnahme vermitteln oder fördern („Jugendgarantie“)

Grundsätzlich zu begrüßen. In Deutschland bestehen im Rahmen des SGB II und III schon zahlreiche Möglichkeiten, um Jugendliche in ein Jobangebot oder eine arbeitsmarktorientierte Weiterbildungsmaßnahme zu vermitteln oder sie dabei zu fördern.

---

## 6 Energie und Klimapolitik

Die FDP vertritt eine marktorientierte, weitgehend auf internationale Abstimmung setzende Klimaschutzpolitik

Ein international abgestimmtes Handelssystem für CO<sub>2</sub>-Zertifikate, wie von der FDP angedacht, kann eine technologieoffene Lösung darstellen, die internationalen Klimaziele in wirtschaftsverträglicher Weise zu erreichen. Emissionen müssen dort eingespart werden, wo dies am kostengünstigsten möglich ist. Wie genau und in welchen sinnvollen Zwischenschritten dieses Ziel erreicht werden kann, bleibt jedoch weitgehend offen. Eine europäische Zwischenlösung beim CO<sub>2</sub>-Preis darf nicht dazu führen, dass die Europäische Union eine noch größere Sonderrolle beim Klimaschutz einnimmt. Stattdessen muss weiter auf ein internationales Level-Playing-Field für alle Staaten hingewirkt werden.

Die Förderung und Erforschung klimafreundlicher Zukunftstechnologien statt Verboten und starrer Quoten ist der richtige Weg. Ziel muss es sein, dass sich in Zukunft die Leitanbieter für klimafreundliche Technologien in Europa befinden.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Einstieg in ein internationales Handelssystem für CO <sub>2</sub> -Emissionen für alle Sektoren; keine europäischen und nationalen Alleingänge beim Klimaschutz; Carbon-Leakage-Schutz für energieintensive Industrie	Zustimmung unter Vorbehalt, wenn im Gegenzug eine Überarbeitung des deutschen Systems an Steuern, Umlagen und Abgaben stattfindet. Es darf keine Zusatzbelastungen für die deutschen Unternehmen geben.
Als Zwischenlösung Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf die anderen Sektoren; im Gegenzug Abschaffung der Lastenteilung und Entlastungen bei Steuern und Abgaben; ab 2050 oder früher sollen keine fossilen Emissionszertifikate mehr ausgegeben werden.	Ablehnung der Zwischenlösung, wenn nicht zuvor eine internationale Abstimmung erfolgt ist, um den europäischen Industriestandort nicht zu gefährden. Es muss unbedingt sichergestellt sein, dass durch einen europäischen CO <sub>2</sub> -Preis auch in den Non-ETS-Sektoren keine zusätzlichen Belastungen für die europäischen Unternehmen entstehen.
	Ablehnung, dass ab 2050 keine fossilen Emissionszertifikate mehr ausgegeben werden; dies käme einer weiteren Verschärfung des linearen Kürzungsfaktors gleich.
.....	.....
Abschaffung der Stromsteuer	Zustimmung
.....	.....



Ablehnung sektorspezifischer und regionaler Klimaziele	Zustimmung
Nicht erreichte CO <sub>2</sub> -Einsparziele sollen durch Finanzierung von CO <sub>2</sub> -Einsparungen in anderen Ländern verrechnet werden können.	Grundsätzliche Zustimmung zur Einführung von internationalen Marktmechanismen; dabei muss jedoch sichergestellt werden, dass jedes Land seinen fairen Beitrag leistet.
Verstärkte europäische Zusammenarbeit bei Energietechnologien; Förderung europäischer Forschungsprojekte	Zustimmung
Schaffung von Flexibilität für volatile erneuerbare Energien im Rahmen eines europäischen Netzentwicklungsplans	Zustimmung
Durchsetzung eines einheitlichen europäischen Sicherheitsniveaus für die Nutzung von Kernkraft	Zustimmung; jedoch dürfen die Sicherheitsanforderungen nicht so gestaltet werden, dass die Nutzung von Kernkraft in Europa letztlich verhindert wird.

---

## 7 Steuerpolitik

### Die FDP präsentiert klare und ausgewogene Schwerpunkte zur EU-Steuerpolitik

Mit der Harmonisierung der Körperschaftsteuer, der Ablehnung der systemfremden, politisch kontraproduktiven Digitalsteuer und dem Bürokratieabbau bei der Mehrwertsteuer setzt die FDP steuerpolitisch wesentliche Akzente in die richtige Richtung.

Die vorgesehene belastungsneutrale Verbindung weiterer CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit entsprechender steuerlicher Entlastung von Strom und Kraftstoffen ist lenkungspolitisch zielführend. Die Ziele zum Umgang mit steuerlicher Fairness benennen den Handlungsbedarf nach den umfassenden Schritten der letzten Jahre auf diesem Feld korrekt.

Das Bekenntnis der FDP zur Einstimmigkeit in Steuersachen und die Ablehnung von EU-Steuern respektieren die steuerpolitischen Realitäten in der EU.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer; keine Mindeststeuersätze	Zustimmung
Keine Digitalsteuer als Art zweiter Umsatzsteuer (Gefahr internationalen Steuerstreits mit Gegenreaktionen anderer Wirtschaftsräume und der Doppelbesteuerung digitaler Wertschöpfung); Diskussion angemessener Besteuerung der Digitalwirtschaft in der OECD	Zustimmung
Beschränkung umsatzsteuerlich ermäßigt besteuertener Leistungen auf solche mit Bezug zum materiellen und kulturellen Grundbedarf; präzisere Vorgaben zur einfacheren Anwendung des Umsatzsteuerrechts	Zustimmung
Keine Steuererhöhungen oder andere Belastungen der Verkehrsteilnehmer; Entlastung bei bestehenden Steuern und Abgaben (z.B. Kraftstoffe und Strom mit Abschaffung der Stromsteuer) im Gegenzug zur Ausweitung des Emissionshandelsystems	Zustimmung

## Steuerpolitik

Verfolgung wettbewerbsverzerrender Steuervergünstigungen; Ablehnung von Tax-Deals; engere Kooperation der Mitgliedsstaaten in Steuersachen; weiteres Vorgehen gegen Verlagerung von Gewinnen in nicht kooperative Staaten; korrekte Ermittlung von Verrechnungspreisen / Lizenzgebühren innerhalb von Konzernen

Zustimmung

---

Festhalten an Einstimmigkeit der Mitgliedsstaaten bei Beschlüssen zur Steuerpolitik; keine EU-Steuern; keine Finanztransaktionssteuer

Zustimmung

## 8 Industrie stärken

Die Forderungen nach einem Europa der Innovationen und einem Europa der wirtschaftlichen Stärke stärken auch die europäische Industrie

Die FDP setzt in ihrem Programm auf einen marktwirtschaftlichen Kurs, in dem der Staat wachstumsfördernde Rahmenbedingungen setzt und für öffentliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur sorgt. Sie spricht sich eindeutig für den Freihandel aus, was der Industrie als exportorientiertem Wirtschaftszweig in besonderem Maße zu Gute kommt. Außerdem setzt die FDP auf Innovationen und will diese nicht durch Vorgaben oder Regulierungen fördern, sondern spricht sich im Gegenteil für zusätzliche Freiheiten, Flexibilisierungs- und Experimentiermöglichkeiten aus. Investitionen und Innovationen sollen zusätzlich durch EU-Investitionen gefördert werden, deren Wirksamkeit einer externen Evaluation unterliegen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Marktwirtschaftliches Europa für dynamisches und nachhaltiges Wachstum, massive Investitionen auf nationaler Ebene in Bildung, Forschung sowie Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur	Das explizite Bekenntnis zu einem marktwirtschaftlichen Europa ist zu begrüßen, ebenso die Rolle des Staates als öffentlicher Investor statt als lenkender Eingreifer in das Marktgeschehen. Auch wir sehen die Mitgliedsstaaten in der Verantwortung für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts.
Stärkung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), inkl. unabhängiger Evaluation, dass angestoßene Investitionen ohne Förderung nicht vorgenommen worden wären	Die geforderte Aufstockung des EFSI, um gezielt in Infrastruktur, F&E sowie Innovationen zu investieren, ist sinnvoll; insbesondere unter der Maßgabe der geforderten Evaluation, da somit eine zielgerichtetere Mittelverwendung angestrebt wird.
Investitionsscreening beim Verkauf von Unternehmen an ausländische Investoren mit der Möglichkeit, dass Mitgliedsstaaten dies untersagen können	Ein Einschreiten der nationalen Regierungen bei Unternehmensverkäufen an Investoren aus dem Ausland muss auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben.
Unternehmenszusammenschlüsse, die die Umsatzschwellen noch nicht erreichen, aber digitale oder infrastrukturelle	Die Berücksichtigung von Netzwerkeffekten auf die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs ist sinnvoll. Zugleich sollte bei einer

## Industrie stärken

Netzwerkeffekte auslösen, sollen ebenfalls unter die Kartellaufsicht fallen

Kartellrechtsreform aber auch eine Neudefinition des relevanten Markts berücksichtigt werden. Die Beschränkung auf den europäischen Markt birgt die Gefahr, dass Unternehmenszusammenschlüsse verhindert werden, die notwendig sind, um auf dem Weltmarkt zu bestehen.

---

Förderung von Innovationen und Start-Ups, u. a. durch eine europäische Venture Capital-Verordnung und durch grenzüberschreitende „Sonderwirtschaftszonen“ für digitale Gründungen, in denen höhere rechtliche Freiheitsgrade gelten

Maßnahmen, um Aus- oder Neugründungen, insbesondere im IT-Bereich zu fördern, sind zu begrüßen. Verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten und größere rechtliche Freiheiten sind hier Erfolg versprechend. Start-Ups sind ein wichtiger Baustein für eine dynamische und erfolgreiche Industriestruktur.

---

## 9 Internationale Handelspolitik

Das Wahlprogramm der FDP bekennt sich erfreulicherweise eindeutig zum Freihandel als zentrale Säule des Wohlstands

Die wirtschaftliche Stärke Europas ist ein zentrales Anliegen der FDP, welches sich auf freien internationalen Handel stützt. Um aus Europa einen Wirtschaftsraum mit weltweiter Strahlkraft zu machen, setzt die FDP auf Marktwirtschaft sowie faire Spielregeln. Die Liberalisierung der Märkte habe in der Vergangenheit jedoch nicht nur zu mehr Wohlstand, sondern durch enge Handelsbeziehungen der Länder auch zu globalem Frieden beigetragen. Zur Fortsetzung dieser positiven Entwicklungen setzt die FDP auf den Rahmen des multilateralen Regelwerks der WTO anstatt auf nationale Alleingänge und Strafzölle. Soweit multilaterale Vereinbarungen nicht zu erreichen sind sollen bilaterale Handelsabkommen verhandelt werden. Sie sollen transparent und mit einem verstärkten Fokus auf Nachhaltigkeit gestaltet werden. Die Freihandelsabkommen mit Japan und Kanada sowie die laufenden Verhandlungen mit China zu einem Investitionsabkommen wertet die FDP positiv, möchte diese aber zu einem späteren Zeitpunkt in eine weltweite Freihandelsordnung überführen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Reform der WTO: Einführung eines Systems zur Streitbeilegung	Zustimmung; wir brauchen eine Stärkung der WTO um den regelbasierten internationalen Handel wieder auf ein „level playing field“ zu stellen. Hierzu gehört auch ein wirksames System der Streitbeilegung.
Überführung bilateraler Abkommen in eine weltweite Freihandelsordnung	Zustimmung; wenn es gelingt, bilaterale Vereinbarungen durch multilaterale zu ersetzen, ist das im Sinne einer globalisierten Wirtschaft.
Absicht, mit USA ein Freihandelsabkommen zu schließen	Zustimmung; ein Freihandelsabkommen mit den USA würde die Wirtschaftsbeziehungen auf eine berechenbare Grundlage stellen und den Handelsstreit mit den USA beenden.
Nach Brexit umfassendes Freihandelsabkommen mit UK	Zustimmung; Großbritannien bleibt weiterhin einer der wichtigsten Handelspartner Bayerns, ein umfassendes Freihandelsabkommen liegt im Interesse unserer Wirtschaft

Ablehnung von Strafzöllen der EU zur Erzwingung des Abschlusses von Freihandelsverträgen mit Entwicklungsländern

Zustimmung; mit Entwicklungsländern sollte auf Augenhöhe verhandelt werden. Durch Druck und nicht aufgrund eigener Überzeugung zustande gekommene Abkommen haben erfahrungsgemäß keinen langen Bestand.

---

Einführung eines Investitionsscreenings für Investoren aus Nicht-EU-Ländern

Ablehnung; die Außenwirtschaftsverordnung wurde gerade verschärft, der Regelungsinhalt erscheint ausreichend.

---

## 10 Migration

Die FDP skizziert konkrete Vorhaben für ein Europäisches Asylsystem „aus einem Guss“, die sich mit vielen Forderungen der vbw decken

Die Maßnahmen, die die FDP vorschlägt, sind darauf ausgerichtet, dass die Europäische Union ein einheitliches und gemeinsames Asylsystem erhält. Dabei decken sich die einzelnen Vorhaben wie die Weiterentwicklung von Frontex zu einer eigenständigen EU-Behörde, ein einheitliches europäisches Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsrecht und Entlastungszahlungen aus dem EU-Haushalt für die Aufnahmeländer mit vbw Forderungen und sind zu begrüßen. Besonders positiv sieht die vbw die gewünschte Unterscheidung zwischen Flucht, Asyl und arbeitsmarktbezogener Einwanderung. Umso erstaunlicher ist gleichzeitig das Vorhaben eines Spurwechsels von Asylverfahren in Einwanderungsverfahren, den die vbw ablehnt. Verpflichtende Integrationskurse und die Möglichkeit, nach der Asylantragsstellung möglichst schnell arbeiten zu dürfen, sind grundsätzlich positiv zu bewerten, da die Arbeitsmarktintegration essentiell ist. Ausdifferenzierungen zur Steuerung oder eine klare Definition der Angabe „möglichst schnell“ wären wünschenswert.

Das System der sicheren Herkunftsstaaten hält die FDP für sehr wichtig, was sich mit der vbw Haltung deckt. Je nach Ausgestaltung dieses gemeinsamen Asylsystems mit europäisch einheitlichen Regelungen würden nationale Listen zusätzlich zu EU-Listen natürlich einen Bürokratiemehraufwand darstellen und zu hinterfragen sein. Das Vorhaben, einen Krisenmechanismus im Bereich Migration zu etablieren, um auf künftige Krisen vorbereitet zu sein, ist ebenfalls zu begrüßen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Weiterentwicklung von Frontex zu einer echten Grenzschutzbehörde mit eigenen Handlungsbefugnissen	Positiv zu bewerten
Einheitliches europäisches Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsrecht mit Unterscheidung zwischen Flucht, Asyl und arbeitsmarktbezogener Einwanderung	Zu begrüßen
Verpflichtende Integrationskurse und Möglichkeit, möglichst schnell arbeiten zu dürfen, wenn Asylantrag gestellt wurde	Grundsätzlich positiv zu bewerten
Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) und Reform Dublin-III	Zu begrüßen



## Migration

Entlastungszahlungen aus EU-Haushalt für  
Aufnahmeländer bis neues System  
eingeführt wird

Zu begrüßen

---

nationale Listen sicherer Herkunftsstaaten  
parallel zu EU-Listen

Grundsätzlich positiv zu bewerten

---

Schaffung eines Krisenmechanismus

Zu begrüßen

---

## 11 Bildung

Die Vorhaben der FDP zur Aus- und Weiterbildung sowie zur Hochschulpolitik sind zu begrüßen

Die FDP hat sich „ein Europa der Bildung und Kultur“ zum Ziel gesetzt. Das vorgelegte Programm deckt sich in der Grundausrichtung mit der Position der vbw, die europäische Gemeinschaft durch grenzüberschreitende Bildungsangebote konkret erfahrbar zu machen und Austauschmöglichkeiten zu fördern. Die FDP sieht die EU als Motor für den wissenschaftlichen und studentischen Austausch innerhalb Europas und möchte diese Vernetzung richtigerweise auch weiter ausbauen.

Die Gründung von europäischen Ausbildungszentren in Drittstaaten bzw. einer Europäischen Ausbildungsagentur (EAA) zur Vermittlung freier Ausbildungsplätze in anderen EU-Mitgliedstaaten müsste konkretisiert werden, ist in der Grundausrichtung zur Förderung der gezielten Zuwanderung positiv zu bewerten. Die EU muss sich hier allerdings im Rahmen ihrer Zuständigkeiten bewegen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Nutzung des Chancen digitaler Bildung	Der verstärkte Einsatz digitaler Bildungsplattformen wäre zu begrüßen, auch im Hinblick auf den Ansatz, die konkreten Inhalte im Zusammenspiel von akademischer Lehre und Wirtschaft zu definieren. Auch das Verfügbarmachen von wissenschaftlichen Erkenntnissen aus öffentlich geförderter Forschung ist richtig.

### *Ausbildung*

Einführung der Bildungsfreizügigkeit (Möglichkeit, Ausbildung in anderen EU-Ländern zu absolvieren)	Zu begrüßen, wäre aber zu konkretisieren
Vereinigten Königreichs weiterhin Partnerland in Erasmus+- und „Horizont-2020“-Programmen	Zu begrüßen, auch mit Blick auf die vorgesehene finanzielle Beteiligung des Vereinigten Königreichs
Förderung der dualen Karriere von jungen Athletinnen und Athleten in Europa bei Training und Ausbildung	Zu begrüßen

## Bildung

Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung von Zeugnissen und auch unterjährigen Ausbildungsleistungen	Forderung liegt ganz auf unserer Linie
Etablierung eines gemeinsamen Berufsausbildungsmarktes durch Zusammenarbeit nationaler Arbeitsagenturen (vor allem im Bereich des Berufseinstiegs, z. B. der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern)	Zu begrüßen, wäre aber zu konkretisieren
Etablierung der dualen Berufsausbildung in anderen Mitgliedsstaaten	Forderung liegt ganz auf unserer Linie
Verbesserte Anerkennung von Ausbildungen, Praktika und Traineezeiten	Zu begrüßen
Gründung einer Europäischen Ausbildungsagentur (EAA) zur Vermittlung freier Ausbildungsplätze in anderen EU-Mitgliedstaaten	Umsetzung schwer vorstellbar, praktische Umsetzung wäre zu konkretisieren
Erasmus+: Ausweitung auf alle Ebenen der Ausbildung und Mittelausbau für mehr Praktikumsaufenthalte, Austauschprogramm für junge Menschen mit Behinderung	Zu begrüßen
Ausbau der Nationalen Agentur Bildung für Europa des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) analog zum Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) zu einer Austauschagentur	Eine dadurch ermöglichte vereinfachte Teilnahme von Auszubildenden und Berufsschülerinnen und -schülern an europäischen Austauschprogrammen ist zu begrüßen, Umsetzung wäre aber erst zu konkretisieren
Jugendgarantie	Aufbau von Systemen, wie sie in Deutschland im Rahmen des SGB II und III schon bestehen, in anderen Ländern ist grundsätzlich zu begrüßen, darf aber nicht vorgegeben werden.
Gründung europäischer Ausbildungszentren in Drittstaaten für Angebot von dualen Berufsausbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen	Interessanter Ansatz, wäre zu konkretisieren. Die gezielte Zuwanderung zu fördern ist positiv zu bewerten. Die EU muss sich hier allerdings im Rahmen ihrer Zuständigkeiten bewegen.

## Bildung

*Weiterbildung*


---

Ausbau grenzüberschreitender Bildungsangebote	Zu begrüßen
Schaffung digitaler Bildungsplattformen mit Zugang für europäischer Staatsbürger	Forderung, Möglichkeiten digitaler Lernangebote auf allen Ebenen auszubauen und zu nutzen, liegt ganz auf unserer Linie, Umsetzung aber schwer vorstellbar
Europäische Online-Akademie	Zielsetzung, kostenlos die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten für die digitale Arbeitswelt zu fördern, erscheint ambitioniert; Vorhaben in der Grundausrichtung interessant

*Hochschule*


---

Austausch zwischen Wissenschaftlern stärken	Zu begrüßen
Aufbau eines Europastipendium	Abzulehnen, Erasmus+ bietet bereits finanzielle Unterstützung und auch auf nationaler Ebene viele Angebote.
Ausbau grenzüberschreitender Hochschulnetzwerke vorantreiben	Zu begrüßen, Internationalität wird gestärkt und auf bestehenden Strukturen aufgebaut.
Neue Dynamik für Bologna, europaweit angegliche Semesterzeiten und bessere Anerkennung von Studienmodulen und -abschlüssen	Grundsätzlich positiv, Stärkung der Mobilität, aber eventuell Erhöhung der Bürokratie.
Europäische Universität als European Digital University (EDU), um Fernstudium für alle Studierenden zu ermöglichen	Interessante Idee, Fördert die Internationalisierung und bietet zudem flexible Studienmöglichkeit
Europäisches Online-Bewerbungsportal für Studium und Ausbildung	Interessant, aber Gestaltung und Mehrwert ist fraglich, da bereits mehrere Portale auf nationaler Ebene informieren

---



## Ansprechpartner / Impressum

---

### Raimo Kröll

Büroleiter des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers

Telefon 089-551 78-104

Telefax 089-551 78-106

[raimo.kroell@vbw-bayern.de](mailto:raimo.kroell@vbw-bayern.de)

### Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich auf alle Geschlechter. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und ohne jede Diskriminierungsabsicht wurde an einigen Stellen auf eine Bezeichnung mit dem Genderstern \* verzichtet.

### Herausgeber

#### **vbw**

Vereinigung der Bayerischen  
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5  
80333 München

[www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de)

© vbw März 2019